K6NEU Gemeinsam für eine gute Zukunft in unserem Land forschen

Antragsteller*in: Annette Kosakowski
Tagesordnungspunkt: TOP5.3 Grün wählen und Baden-Württemberg erneuern

Kapitel 6: Hochschule, Wissenschaft und Forschung

Gemeinsam für eine gute Zukunft in unserem Land forschen

Wir Grüne stehen für nachhaltigen Fortschritt, der den Menschen, der Gesellschaft und der Umwelt dient. Forschung und Wissen schaffen Zukunft. Daher setzen wir uns ein für starke Hochschulen und exzellente Forschungseinrichtungen, für internationale Kooperation und einen regen Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.

Baden-Württemberg ist ein Land der Forschung und des Wissens. Unser Land profitiert von seiner breiten und vielfältigen Hochschul- und Forschungslandschaft. Starke Hochschulen und überregional bedeutende außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind unsere Markenzeichen. Sie stehen für ausgezeichnete Lehre und Forschung. Dies zeigt sich etwa in den Erfolgen unserer Universitäten im Wettbewerb um nationale und internationale Exzellenz. Hochschulen prägen Land und Leute. Sie ermöglichen Innovationen. Sie sind Partner von Politik und Zivilgesellschaft. Hochschulen in ihrer Vielfalt – Pädagogische Hochschulen und Universitäten, die Duale Hochschule und die Hochschulen für angewandte Wissenschaften ebenso wie die Kunst- und Musikhochschulen – beleben alle Regionen des Landes kulturell und intellektuell.

Das soll so bleiben! Darum haben wir die Hochschulverfassung modernisiert. Eine kraftvolle Verfasste Studierendenschaft, eine eigene Stimme für Promovierende in den Hochschulgremien und Entwicklungsmöglichkeiten für alle Beschäftigten – das macht ein konstruktives Miteinander an den Hochschulen möglich. Wir Grüne haben die Stellen im akademischen Mittelbau gemeinsam mit den Hochschulen ausgebaut. Den Tenure Track haben wir als Instrument besser planbarer Karrierewege umgesetzt. Das bedeutet: Junge Wissenschaftler*innen können nach einer befristeten Bewährungszeit auf einer Junior-Professur eine dauerhafte Professur bekommen. Unsere beiden bundesweit einmaligen Hochschulfinanzierungsvereinbarungen stellen die Hochschulen auf eine stabile und verlässliche Grundlage.

Wichtig ist uns die Förderung der Forschung an zentralen Zukunftsthemen für das Land. Hier haben wir Leuchttürme mit internationaler Strahlkraft und Kompetenz in der Breite verknüpft, zum Beispiel bei dem Thema Künstliche Intelligenz im Cyber Valley.

Nachhaltigkeit durchzieht unsere Wissenschaftspolitik als grüner Faden. An den neuen Zentren für Nachhaltigkeit, für Ökolandbau und für Naturkunde wird an einer nachhaltigen Zukunft geforscht. In diesem Zusammenhang haben Reallabore, in denen Bürger*innen an der Forschung beteiligt sind, einen besonderen Stellenwert. Auch der Tierschutz liegt uns Grünen besonders am Herzen. Deshalb haben wir ein Spitzenzentrum zur Reduzierung des Versuchstierbedarfs eingerichtet.

Die Zukunft der Mobilität wird sich verändern. Die Stuttgarter Forschungsfabrik „ARENA 2036“ gestaltet diese Zukunft ebenso mit wie das Testfeld autonomes

Fahren oder die Batterieforschung in Ulm und Karlsruhe. Dafür haben wir den Innovationscampus „Mobilität der Zukunft“ und das Institut für Nachhaltige Mobilität ins Leben gerufen. Seine Finanzierung wollen wir dauerhaft gewährleisten. Den Hochschulen kommt mit dem Projekt „emissionsfreier Campus“ eine Pionierrolle zu.

Gesundheit und Medizintechnik sind von höchster Bedeutung. Die Corona-Krise zeigt eindrucksvoll, wie wichtig diese Aufgaben sind. Hier liegen die Stärken Baden-Württembergs und wir haben sie weiter ausgebaut. Unsere Unimedizin ist vorn mit dabei, wenn es um die Erforschung der alternden Gesellschaft, um Big Data und Künstliche Intelligenz (KI) oder um personalisierte Medizin geht. Wir haben als grün-geführte Landesregierung die ärztliche Versorgung durch den Ausbau der Studienplätze und durch Telemedizin optimiert. Wir setzen unseren bereits begonnenen Pfad zur notwendigen Akademisierung der Gesundheitsfachberufe fort.

Mit Digitalisierung und KI gestalten wir die Zukunft. Wir sind das Land mit den meisten KI-Professuren. Das Cyber Valley in Tübingen ist unsere Spitzeneinrichtung für maschinelles Lernen. Zusammen mit den Universitäten, der Max-Planck-Gesellschaft und unserer starken Wirtschaft haben wir es aufgebaut. Denn wer über den Einsatz der KI-Technologie mitentscheiden will, muss sie mitentwickeln. Wir setzen dabei auf eine Digitalisierung, die Mensch und Umwelt nützt und zugleich energie- und ressourcensparend ist. Zudem haben wir das Höchstleistungsrechenzentrum und die Forschung zur Cybersicherheit erweitert. Die Hochschulen setzen in der Forschung vollständig auf Ökostrom.

Hochschulen sind Zukunftslabore. Soziale und technische Innovationen müssen auch in der Gesellschaft ankommen. Dazu braucht es Hochschulen, die ein offenes Ohr haben. Es braucht Forschende, die gemeinsam mit der Gesellschaft und der Wirtschaft Wissen schaffen. Dabei sind alle Fächer relevant, die Sozial- und Geisteswissenschaften genauso wie die von uns gestärkten „Kleinen Fächer“. Insbesondere disziplinübergreifendes Arbeiten gewinnt an Bedeutung. In Reallaboren arbeiten Wissenschaftler*innen gemeinsam mit Vertreter*innen aus Wirtschaft und Gesellschaft daran, konkrete Zukunftsprobleme zu lösen. Regionale Hochschulpartnerschaften und Weiterbildungsstudiengänge fördern den Wissenstransfer. Mit passgenauen Angeboten haben wir eine neue Gründer*innenkultur an den Hochschulen etabliert. Mit dem Gründermotor oder dem Wettbewerb Start-up BW ASAP („Academic Seed Accelerator Program") motivieren wir studentische Gründungsteams, ihre kreativen Ideen zu Geschäftsmodellen weiterzuentwickeln und umzusetzen. So bringen wir Innovationen ins Land.

Für einen fruchtbaren Dialog zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik

Die vergangenen Wochen und Monate haben uns eines noch einmal eindringlich vor Augen geführt: Wissenschaft und Forschung sind wichtig für unsere Gesellschaft, für unser Leben und unsere Gesundheit. Die Stimme der Wissenschaft hat in der Corona-Krise zu Recht an Gewicht gewonnen. Wissenschaftliche Erkenntnisse können zwar eine Zeit lang ignoriert werden. Auf Dauer jedoch kommen sie als Bumerang zurück, wenn sie nicht beachtet werden. Das sehen wir in der Klimakrise ebenso wie in der Corona-Krise.

Klar ist dabei: Politik und Wissenschaft haben unterschiedliche Rollen. Politik entscheidet – aber verantwortungsvolle Politik entscheidet auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse. Wir Grüne wollen den dafür notwendigen Dialog

zwischen Wissenschaft und Politik sowie Wissenschaft und Gesellschaft weiter fördern und ausbauen. Nicht nur in der Krise, sondern auch im politischen „Normalbetrieb".

Gleichzeitig steht die Wissenschaft gerade in diesen Tagen durch Populismus und Verschwörungsmythen stark unter Druck. Das reicht vom schlichten Leugnen wissenschaftlicher Erkenntnisse bis hin zu öffentlichen Drohungen und Angriffen. Dem treten wir Grüne entschieden entgegen. Wir zeigen Haltung für Wissenschaft und für Wissenschaftsfreiheit!

Das gilt erst recht in Baden-Württemberg – der wichtigsten europäischen Innovationsregion. Wir sind stolz auf unser erfolgreiches Forschungsland. Nirgendwo sonst wird Zukunft so greifbar wie in Wissenschaft und Forschung. Forscher*innen erkennen frühzeitig Probleme. Sie entwickeln Lösungen und tüfteln an neuen Technologien. Studierende entfalten an den Hochschulen ihre Persönlichkeit und bereiten sich auf das Lösen der Aufgaben von morgen vor.

Wissenschaft braucht einen fruchtbaren Nährboden und einen geschützten Raum, damit sie in all ihren Disziplinen florieren kann. Sie braucht eine verlässliche Grundfinanzierung, sie braucht Unabhängigkeit und Freiheit, und sie muss sich dezentral entfalten können.

Aber Wissenschaft ist nicht unabhängig von Gesellschaft. Sie ist Teil von ihr. Die Vielfalt unserer Gesellschaft spiegelt sich an unseren Hochschulen wider. Wissenschaft lebt von Vielfalt – wo dies noch nicht der Fall ist, wollen wir Diversität, Inklusion sowie Barrierefreiheit in die Hochschulen tragen.

Wissenschaft steht im Austausch mit Gesellschaft. Sie befähigt die Gesellschaft zu Reflexion und Kritik, zu einem verantwortlichen Handeln. Deswegen sind Teilhabe und Partizipation für uns wichtige wissenschaftspolitische Werte. Im Hochschulgesetz haben wir deshalb die Aufgabe der Wissenschaft verankert, an der Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft mitzuwirken. Das Vorsorgeprinzip gehört zu unserem europäischen Weg in Innovation und Forschung.

Eine zentrale Kompetenz des Landes ist seine Zuständigkeit für die Hochschulen. Zugleich war Wissenschaft schon immer grenzüberschreitend. Der europäische und internationale Austausch prägt sie heute mehr denn je. Denn die Herausforderungen, vor denen wir als Menschheit stehen, sind global – die Klimakrise ebenso wie die Frage, wie gutes Zusammenleben im digitalen Zeitalter gestaltet werden kann und soll. Wir tragen zur Lösung dieser globalen Herausforderungen bei. Das bedeutet für uns Fortschritt. Wissenschaft denkt europäisch und international. Deshalb unterstützen wir den Austausch von Studierenden und Wissenschaftler*innen genauso wie den Austausch von Ideen. Statt Wissen zu monopolisieren, wollen wir auch zukünftig das Ideal der wissenschaftlichen Gemeinschaft fördern: Wissen zu teilen und zu mehren. Deshalb setzen wir uns für eine umfassende Open-Access- und Open-Science-Strategie des Landes ein.

KI, Digitalisierung, Medizin: die Forschung an Zukunftsthemen stärken

Wir setzen auf eine strategisch ausgerichtete Forschungsförderung. Dabei bleiben wir dem Prinzip „Breite und Spitze" treu: Wir stärken Kompetenzen in den urbanen Zentren wie im ländlichen Raum. Zugleich bündeln wir Spitzenkompetenzen und vernetzen zentrale Akteur*innen. Unsere strategischen und disziplinübergreifenden Themen für Baden-Württemberg sind: der Wandel der

Mobilität, die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft, die Energie- und Klimaforschung, der Fortschritt in Medizin und Lebenswissenschaften sowie Digitalisierung und KI.

Der Innovationscampus Cyber Valley entfaltet schon jetzt internationale Strahlkraft im Bereich der KI. Hier werden Spitzenforschung und Anwendung zusammengebracht. Nach diesem Vorbild wollen wir auch für unsere weiteren Zukunftsthemen dauerhafte Strukturen etablieren und damit jetzt beginnen. Dazu gehört für uns jeweils zwingend die begleitende und unabhängige Forschung zu ethischen Fragen und zur umfassenden Technikfolgenabschätzung. Die öffentlichen Gelder für die Forschung zu Zukunftsthemen sollen wieder dem Gemeinwohl zugutekommen. Wir werden hierzu die landesweite Vernetzung und Kommunikation zwischen Forschenden und der Wirtschaft weiter unterstützen. Außerdem möchten wir die Forschung zur nachvollziehbaren Künstlichen Intelligenz (Trustworthy Artificial Intelligence) fördern, um zu verhindern, dass die Aussicht auf schnelle Vorteile den kritischen Umgang mit der Technologie untergräbt.

Um die Hochschulfinanzierung weiterzuentwickeln, sehen wir ein Landesforschungsbudget vor, über das wir Akzente setzen können – in einem wissenschaftsgeleiteten und transparenten Verfahren.

In der Corona-Pandemie wurde die überragende Bedeutung der Hochschulmedizin eindrucksvoll unter Beweis gestellt – indem auf Krisen reagiert und die Gesundheitsversorgung sichergestellt wurde sowie innovative Ansätze für das Land entwickelt wurden. Aus der Not ist schnell eine Tugend geworden – und aus Konkurrenz nun dynamische Kooperation: Gemeinsam mit den vielen starken Zentren der Hochschulmedizin im Land werden wir die Erfahrungen aus der Pandemie nutzen und ein baden-württembergisches Netzwerk schaffen. In medizinischer Versorgung, Forschung und Ausbildung sowie insbesondere Digitalisierung und KI fördern wir dafür mit Nachdruck den Ausbau von Kooperationen im Land. Das kommt nicht nur der Gesundheit der Bürger*innen direkt zugute. Es bringt auch das Land nach vorne: Mit einem solchen Verbund kann Baden-Württemberg mit anderen Spitzenregionen in Deutschland und international mithalten und wirtschaftlich profitieren.

Zudem wollen wir in der Region Rhein-Neckar die Gesundheits- und Lebenswissenschaften stärker bündeln – in Form eines weiteren Innovationscampus ähnlich dem Cyber Valley. Von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung, von der Krebsforschung bis zur KI werden wir Unikliniken, Hochschulen, außeruniversitäre Forschung und Wirtschaft zusammenbringen. Durch enge regionale Vernetzung schaffen wir so einen weiteren internationalen Leuchtturm der Spitzenforschung im Land.

Wir unterstützen die baden-württembergische Forschung dabei, zukunftsträchtige Forschungsfelder zu erschließen. Dazu gehören Quantencomputing und Quantensensorik, Materialforschung, adaptive Fertigung und andere. Damit die Mobilitäts- und Energiewende gelingt, müssen wir die Batterieforschung weiter ausbauen. Wir unterstützen weitere Forschung in der Biotechnologie. Insbesondere Bioökonomie und Verfahrenstechnik sind entscheidende Zukunftsfelder. In Medizin und biotechnologischen Anwendungen konnten durch die Gentechnik wichtige Fortschritte erzielt werden, während ihre Anwendung im Agrarbereich zu neuen Problemen geführt hat. Wie bei jeder Technologie muss der politische Kompass zum Umgang mit alten wie neuen gentechnischen Verfahren sein, einerseits die

Freiheit der Forschung zu gewährleisten und andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt auszuschließen. Nicht die Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und Folgen stehen im Zentrum. Es gilt daher, an einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip festzuhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher Basis und eine Regulierung nötig, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließen und über eine verbindliche Kennzeichnung die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der Verbraucher*innen schützen. Entsprechend braucht es eine Stärkung der Risiko- und Nachweisforschung. Gerade im Agrarbereich soll die Forschung zu alternativen Ansätzen, die auf traditionelle und ökologische Züchtungsverfahren setzen, gestärkt werden.

Corona-Krise und Klimakrise werfen Fragen der gesellschaftlichen Krisenfestigkeit und Widerstandsfähigkeit auf. Auch darin sehen wir ein zukunftsrelevantes Forschungsfeld. Bei der Förderung von Forschung, die für die zentralen Transformationsprozesse im Zuge der Klimakrise relevant ist, gehen wir inter- und transdisziplinär vor. Besonders im Fokus stehen dabei die Gesellschaftswissenschaften, etwa wenn es um Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts oder der Einbindung gesellschaftswissenschaftlicher Perspektiven in natur- und technikwissenschaftliche Fragenstellungen geht. Ein weiterer Bereich sind Forschung und Lehre im Kontext pluraler Ökonomik, die wir zusammen mit den volkswirtschaftlichen Fakultäten im Land stärken wollen. Um hier wichtige Forschungsvorhaben angemessen fördern zu können, wollen wir Begutachtungsprozesse bei der Fördermittelvergabe vermehrt an inter- und transdisziplinären Ansätzen ausrichten.

Baden-Württemberg ist Vorreiter bei der Forschung zu KI und Digitalisierung. Dies wollen wir weiter ausbauen – insbesondere die Robotik, die Medizininformatik und die Verbindung zwischen KI und Gesundheitsfragen. Dazu gehört auch eine verbesserte Datenbereitstellung, die die Diversität der Menschen ausdrückt. Der „Gender Data Gap“ insbesondere in der KI-Forschung muss geschlossen werden. Das bedeutet: Wir werden aktiv dafür Sorge tragen, dass der Forschung gleichberechtigt Daten aller Geschlechter zugrunde gelegt werden. Wir setzen uns für eine diskriminierungsfreie Datenverarbeitung ein. Damit werden wir der Vielfalt gesellschaftlicher Realitäten gerecht. Wir setzen uns deswegen für einen werteorientierten europäischen Weg der KI-Forschung ein.

Wir entwickeln unsere Hochschulen partnerschaftlich weiter

Wir stehen für die vollständige Umsetzung der Hochschulfinanzierungvereinbarung II. Sie bietet den baden-württembergischen Hochschulen finanzielle Verlässlichkeit und eine sichere Grundfinanzierung – auch und gerade in der Post-Corona-Zeit. Die Einführung allgemeiner Studiengebühren lehnen wir weiter ab.

In der kommenden Legislaturperiode muss über die Fortführung der Hochschulfinanzierung entschieden werden. Mit einer Hochschulfinanzierungsvereinbarung III wollen wir den Kurs einer verlässlichen Grundfinanzierung fortsetzen. Neben einem Landesforschungsbudget, das nach wissenschaftlichen Kriterien vergeben wird, legen wir dabei einen Schwerpunkt auf die Themen Bau und Unterhalt.

Wir überprüfen die Hochschulgesetzgebung fortwährend auf ihre Krisenfestigkeit. Daher etablieren wir beispielsweise Regeln für pandemiebedingte Verzögerungen in

Qualifikationsphasen oder die Anerkennung von Familienzeiten. Und zwar mit Blick auf Studierende, wissenschaftliche Angestellte und Professor*innen, die aufgrund fehlender Betreuung in ihrem Studium bzw. in Forschung und Lehre eingeschränkt sind.

In einem „Dialogprozess Zukunftslabor Hochschulen" wollen wir die Hochschulen weiterentwickeln. Vertreter*innen aller Statusgruppen sollen hier gemeinsam mit gesellschaftlichen Akteur*innen das Entwicklungspotenzial des baden-württembergischen Hochschulsystems ausloten. Damit eröffnen wir einen Raum, in dem mutig über zentrale Fragen nachgedacht werden kann: über die konkrete Weiterentwicklung der Lehre, der Beteiligung, der Karrierewege und der Hochschulgovernance. Als Vorbild kann hier der erfolgreich abgeschlossene Kulturdialog dienen. Wir wollen die Ergebnisse des „Dialogprozesses Zukunftslabor Hochschulen" umsetzen. Die Hochschulgesetzgebung, Karrierewege und landesweite Vorgaben für die Lehre entwickeln wir im Anschluss daran entsprechend weiter.

Wir unterstützen zudem eine Modellhochschule dabei, mit neuen Lehr-, Forschungs- und Governancekonzepten zu experimentieren und diese ganzheitlich umzusetzen. Die Modellhochschule wird in einem wettbewerblichen Verfahren ausgewählt.

Auf Basis der Weiterentwicklungsklausel werden wir Hochschulverbünden, die ein tragfähiges Konzept zur Qualitätssicherung vorlegen, ein eigenständiges Promotionsrecht verleihen.

Update für Studium, digitale Lehre und innovative Lernmodelle

Wir verpassen Studium und Lehre ein Update. Dazu evaluieren wir die Erfahrungen, die besonders im Corona-Semester gemacht wurden, gemeinsam mit Studierenden und Lehrenden. Mit einer „Landesstrategie für digitale Lehre" bringen wir die sichere Digitalisierung der Hochschulen in Lehre und Forschung weiter voran. Ziel ist es dabei, die digitale Lehre zur Grundlage einer „Bildung für alle" auszubauen. Damit können sich Hochschulen weiter für die Gesellschaft öffnen – ein gewünschter Wissenstransfer in die Gesellschaft.

Eine Hochschule für alle ist nicht nur baulich, sondern auch im Lehrmaterial und in den Lehrformaten barrierefrei. Damit dies an allen Hochschulen gelingt, werden wir das Studienzentrum für Sehgeschädigte (SZS) am Karlsruher Institut für Technologie zu einem Dienstleistungszentrum für barrierefreie Lehre für alle Hochschulen des Landes ausbauen.

Wir sorgen dafür, dass Studierende stärker in allen Gremien mit direktem Lehr- und Studienbezug vertreten sind als heute und so ihre Erfahrung dort direkt einbringen können. Perspektivisch stärken wir die Studierenden in den Gremien der Studierendenwerke und geben ihnen mehr Mitspracherechte.

Wir fördern innovative Lehrmodelle wie beispielsweise das sogenannte „Service Learning" oder Hackathons. Hackathons sind Wettbewerbe, bei denen Studierende gemeinsam mit Lehrenden hochschulübergreifend praxisorientierte Lösungen für Zukunftsaufgaben suchen. Beim „Service Learning" geht es darum, ein Studium mit bürgerschaftlichem Engagement zu bereichern. Auch hierfür muss man Freiräume im Studium und Leistungspunkte (ECTS) erhalten können.

Das Lehramtsstudium, das gemeinsam von Pädagogischen Hochschulen, Universitäten und den Seminaren organisiert wird, ist entscheidend für die Qualität der Lehrer*innen. Wir haben dieses Studium reformiert und Medienbildung sowie den Umgang mit Heterogenität und Inklusion darin verankert. Darauf bauen wir auf. Wir werden überprüfen, wo sich das reformierte Studium bewährt hat und wo es Nachjustierungsbedarf gibt.

Vielfalt fördern, Freiheiten erhalten

Wir stärken die Vielfalt an den Hochschulen. Wir begleiten die Hochschulen in Baden-Württemberg dabei, die entsprechenden Maßnahmen umzusetzen, die im Landeshochschulgesetz sowie in der Hochschulfinanzierungsvereinbarung II verankert sind. Dazu zählt unter anderem die transparente Erfassung gleichstellungsrelevanter Daten, etwa zu einem möglichen Gender Pay Gap. Wir nehmen insbesondere die Studieneingangsphase sowie die Karriereverläufe wie Berufungen und Tenure Track in den Blick. Die Maßnahmen zur Förderung von Wissenschaftlerinnen werden wir ausbauen und verzahnen, die Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen stärken. Perspektivisch setzen wir uns für Unisex-Toiletten an unseren Hochschulen ein. Außerdem setzen wir uns für einen diskriminierungsfreien Hochschulalltag von TIN-Studierenden (trans*, intersex, nicht-binär) ein, zum Beispiel indem wir einfache Namensänderungen ermöglichen und sämtliches Verwaltungspersonal sensibilisieren. Transphobie hat an unseren Hochschulen keinen Platz.

Baden-Württembergs Hochschulen leben von engagierten Wissenschaftler*innen aus der ganzen Welt. Gelingende Forschung braucht nicht nur eine gute finanzielle Absicherung, sondern auch die Möglichkeit, frei zu denken und sich frei auszutauschen. Für uns ist es eine wichtige Aufgabe der Hochschulen, die Vielfalt zu fördern und diese Freiheiten zu erhalten.

Hochschulen waren aber auch schon immer Orte kritischer Selbstreflexion. Die Black-Lives-Matter-Bewegung (BLM) hat uns nochmal eindrücklich ins Bewusstsein gerufen, wie sehr diskriminierende Strukturen und Denkweisen in der Gesellschaft, aber auch in Institutionen verankert sind. Mit der Gesamtstrategie „Koloniale Verantwortung“ arbeiten wir die koloniale Geschichte auch an unseren Hochschulen auf. Jede Hochschule, die als Institution, durch ihre Sammlungen oder durch Personen einen Bezug zur Kolonialzeit aufweist, soll ihre Strukturen und Bezüge öffentlich aufarbeiten.

Die Hochschulen im Land bilden die Gestalter*innen von morgen aus. Hier wird Zukunft gemacht! Wir Grüne wollen Studiengänge wie Informatik oder Technik- und Naturwissenschaften so gestalten, dass diese für alle attraktiv sind. So können unterschiedliche Lebenswelten und Perspektiven in die Gestaltung der Zukunft einfließen. Im Sinne tatsächlicher Gleichberechtigung unterstützen wir dabei besondere Angebote für Frauen in Studiengängen, in denen diese unterrepräsentiert sind.

Studierende haben es oft schwer, ein bezahlbares Zimmer oder eine Wohnung zu finden. Diese soziale Frage betrifft längst nicht mehr nur die Universitätsstädte. Wir unterstützen daher die baden-württembergischen Studierendenwerke bei ihrer Aufgabe, günstigen Wohnraum bereitzustellen. Studierende mit Behinderungen sollen nachteilslos und diskriminierungsfrei an unseren Universitäten studieren können. Deshalb setzen wir uns für

Barrierefreiheit der Gebäude sowie für einen fairen Nachteilsausgleich ein, inklusive Prüfungsangeboten und der Sensibilisierung für Inklusion an Hochschulen. Wir wollen den Austausch mit Studierenden mit psychischen Störungen, chronischen Krankheiten oder unsichtbaren Behinderungen stärken, um deren Bedürfnissen nach inklusiver Lehre nachzukommen.

Für Hochschulen, die Nachhaltigkeit erforschen – und umsetzen

Forschung trägt dazu bei, die drängenden Probleme des Klima- und Artenschutzes zu lösen. Zugleich stecken im Bau und Betrieb der Hochschulen und Studierendenwerke noch ungenutzte ökologische Potenziale. Beides wollen wir miteinander verbinden.

Wissenschaft für Nachhaltigkeit – wir gehen voran. Dazu wollen wir einen Schwerpunkt in der Forschungsförderung setzen. Hierzu werden wir erneut eine „Expertengruppe Nachhaltigkeit" einsetzen, die Handlungsempfehlungen für gute, nachhaltige Forschungskonzepte erarbeitet. Wir wollen den „Umweltforschungsplan Baden-Württemberg für Klimaschutz und Nachhaltigkeit" von Umwelt- und Wissenschaftsministerium deutlich erweitern. Wir setzen uns dafür ein, dem ökologischen Grundlagenwissen in den relevanten Fächern einen stärkeren Stellenwert zu geben. In der Lehramtsausbildung wollen wir Nachhaltigkeit und Klimaschutz stärker verankern.

Sowohl in der Forschung als auch im Hochschulbetrieb soll Baden-Württemberg Leitregion für emissionsfreie Mobilität werden. Dazu bauen wir analog zum Cyber Valley eine landesweite Plattform Mobilitätsforschung entlang der Achse Karlsruhe-Stuttgart-Ulm auf. Hierzu gehört auch das neue „Baden-Württemberg Institut für Nachhaltige Mobilität". Das Modellprojekt emissionsfreier Campus wollen wir auf weitere Hochschulen ausweiten.

Unser Ziel: Hochschulen und Studierendenwerke sind ökologische Vorreiter in Baden-Württemberg. Dafür machen wir Klimaschutz zur Chef*innensache: Wir haben Nachhaltigkeit zu den zentralen Aufgaben der Hochschulen erhoben und die Verantwortung direkt bei den Hochschulleitungen angesiedelt. Sämtliche Hochschulen sollen in den nächsten zehn Jahren auf einen CO_2-neutralen Betrieb umgestellt werden. Dazu beschleunigen wir die Sanierungen der Hochschulgebäude, um die Energieeffizienz zu steigern.

In den Hochschulmensen und Cafeterien der Studierendenwerke gehen täglich mehr als 50.000 Essen über die Theke. Wir wollen den Anteil an biologischem und regionalem Essen hier deutlich ausbauen. Außerdem soll jeden Tag ein preiswertes veganes bzw. vegetarisches Gericht angeboten werden.

Wir unterstützen Forschungsvorhaben zur Kreislaufwirtschaft im Hinblick auf Fertigung und Konsumverhalten. Hochschulen und Studierendenwerke sollen nach dem Zero-Waste-Prinzip eigene Strategien für eine vollständige Kreislaufwirtschaft entwickeln und umsetzen. Wir stärken ihnen den Rücken!

Die gesellschaftliche Verantwortung der Forschung wird beim Thema Tierversuche besonders deutlich. Wir fordern, eine bundesweite Negativdatenbank einzurichten. So können unnötige Versuchswiederholungen verhindert werden. Wir wollen, dass der Tierschutz im Landeshochschulgesetz verankert wird. Um Tierversuche zu ersetzen, wollen wir Alternativmethoden stärken. Diese Methoden sind die Zukunft. Wir haben deshalb in der vergangenen Legislaturperiode das 3R-Netzwerk

(Replacement, Reduction, Refinement) eingerichtet, das hier eine Vorbildfunktion einnimmt. Damit wollen wir die Zahl der Tierversuche senken.

Technikfolgeabschätzung stärken – im Dialog mit Gesellschaft und Wirtschaft

Technikfolgenabschätzung stärken – Dialog verankern: Wir Grüne stehen für eine Politik, die sich an wissenschaftlicher Evidenz orientiert. Es ist wichtig, ethische Perspektiven und Fragen der Technikfolgenabschätzung frühzeitig in die Forschung zu integrieren. Dabei geht es auch um die gesellschaftlichen Auswirkungen von Forschungserkenntnissen und ihren möglichen Anwendungen. Hier muss die Gesellschaft einbezogen werden. Daher wollen wir die Technikfolgenabschätzung stärken und den Dialog der Wissenschaft mit Politik, Gesellschaft und Wirtschaft institutionell verankern. Das Vorsorgeprinzip liefert dazu eine wichtige Orientierung. Wir haben bereits einen Ethik-Beirat zum Thema KI im Cyber Valley eingesetzt. Analog wollen wir ein landesweites Forum Forschungsethik einrichten, das den Dialog zwischen Gesellschaft und Wissenschaft, Politik und Wirtschaft organisiert.

Zudem wollen wir neue Formate der Beratung des Landtags durch die Wissenschaft erproben. Das kann beispielsweise ein Rat sein, der mit zufällig ausgewählten Bürger*innen und Wissenschaftler*innen besetzt ist und Impulse zu wichtigen landespolitischen Themen gibt.

Eine wichtige Rolle beim Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft kommt der Wissenschaftskommunikation zu. Das hat nicht zuletzt ihre Bedeutung in Zeiten der Pandemie gezeigt. Wissenschaftliche Erkenntnisse so vermitteln zu können, dass sie auch über die Fachwelt hinaus einem interessierten Publikum zugänglich werden, ist eine wichtige Grundlage für wissenschaftlich fundiertes Handeln in Politik und Gesellschaft. Dies stellt eine bedeutende Kompetenz für Wissenschaftler*innen dar, die erlernt und eingeübt werden muss. Wir wollen Wissenschaftskommunikation ausbauen und in der Hochschuldidaktik verankern. Das Nationale Institut für Wissenschaftskommunikation (NaWik) in Karlsruhe ist für uns Ausgangspunkt für den Aufbau starker Orte für Wissenschaftskommunikation. Sie sollen nicht nur Forschende weiterbilden, sondern auch die gesamte Gesellschaft erreichen.

Den Austausch zwischen Hochschulen und ihren Standortkommunen wollen wir stärken. Wir schlagen vor, dass Hochschulen hierzu unter Beteiligung gesellschaftlicher Akteur*innen und der Hochschulangehörigen Leitbilder erarbeiten. Im Ergebnis könnte geprüft werden, ob Gemeinderäte ein beratendes Mitglied in die jeweiligen Hochschulräte entsenden.

Reallabore sind das Flaggschiff einer Wissenschaft, die am engen Austausch mit der Gesellschaft orientiert ist. Hier lösen Wissenschaft und Gesellschaft partnerschaftlich konkrete Probleme und tragen so dazu bei, die großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu lösen. Dieses Format wollen wir verstetigen und ausbauen, auch in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, etwa im EUCOR-Verbund.

Bürger*innenwissenschaft oder „citizen science“ findet nicht nur im Reallabor statt. Als Land wollen wir Anreize setzen, damit Hochschulen und Forschungseinrichtungen diese Instrumente des beidseitigen Austauschs verstärkt nutzen. Transfer und Partizipation in der Wissenschaft möchten wir weiter

ausbauen. Dazu wollen wir die Entwicklung und Umsetzung neuer Beteiligungsformate fördern.

Hochschulen und Start-ups vernetzen, internationalen Austausch ausbauen

Wir gestalten innovative Wissenschaft aus einer Hand. Von der Grundlage bis zur Anwendung braucht es eine gemeinsame Zuständigkeit und kluge Scharniere. Dies betrifft insbesondere die Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft und der Innovationsallianz, für die derzeit das Wirtschaftsministerium zuständig ist. Hier kommt es immer wieder zu Reibungsverlusten. Wie in anderen Ländern wollen wir daher die Zuständigkeit für die wirtschaftsnahe Forschung künftig im Wissenschaftsministerium ansiedeln.

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg befindet sich in einem grundlegenden Transformationsprozess. Die Bedeutung der Hochschulen als Orte der Weiterbildung, der beruflichen Neuorientierung und des lebensbegleitendes Lernens nimmt zu. Wir stärken die Hochschulen in dieser Rolle – unter anderem durch weitere flexible Studienmodelle, Online-Kurse und indem wir die Rahmenbedingungen für ihre Weiterbildungsangebote anpassen. Auch bei ihren Aktivitäten im Bereich Transfer und Start-ups werden wir die Hochschulen weiterhin und noch umfassender als bisher unterstützen.

Wir wollen Förderprogramme und Gründungszentren wie den Gründermotor an Hochschulen weiter ausbauen und vernetzen. An jeder Hochschule in Baden-Württemberg wollen wir eine Außenstelle des Gründermotors etablieren, um junge Gründer*innen zu unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die staatlichen Mittel für Risikokapital aufstocken – für die sogenannte Pre-Seed-Phase vor der Gründung, in der z.B. mit Forschung und Entwicklung die Basis gelegt wird, bis zur Venture-Phase, in der das neue Unternehmen gegründet wird und Produktion und Vertrieb aufgebaut werden. Damit helfen wir Start-ups im Land, auch international sichtbarer zu werden und sich schneller zu etablieren.

Der wissenschaftliche Austausch über alle Grenzen hinweg ist heute wichtiger denn je. Wir unterstützen den europäischen und internationalen Austausch der Hochschulen und der Studierenden. So beteiligen sich viele Hochschulen in Baden-Württemberg an Europäischen Hochschulen. Der Europäische Campus Oberrhein (EUCOR) ist hier ein Schrittmacher. Wir werden die europäische Vernetzung der Hochschulen ausbauen und weiterentwickeln.

Darum Grün!

Wer Grün wählt, stimmt für

- Baden-Württemberg als starkes Hochschul- und Forschungsland, das die strategischen Zukunftsthemen in der Forschung und die regionale und internationale Vernetzung stärkt
- den Austausch zwischen Hochschule, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft durch partizipative Forschungsformate
- neue Instrumente der Technikfolgenabschätzung und der wissenschaftlichen Politikberatung
- ein Update beim digitalen Lernen und Lehren
- die Förderung der Vielfalt an den Hochschulen
- die Stärkung der Wissenschaft für Nachhaltigkeit und für nachhaltig betriebene Hochschulen